

Protokolleintrag vom 17.11.2010

2010/477

Postulat von Dr. Guido Bergmaier (SVP) und Hedy Schlatter (SVP) vom 17.11.2010:

Abbau der Sozialleistungen auf das Minimum gemäss SKOS-Richtlinien

Von Dr. Guido Bergmaier (SVP) und Hedy Schlatter (SVP) ist am 17. November 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Sozialhilfeleistungen in der Stadt Zürich auf das Minimum nach SKOS-Richtlinien reduziert werden können.

Begründung:

Heute leben über 2 Millionen Ausländer in der Schweiz. Rechnet man die Asylbewerber sowie die in den letzten 25 Jahren eingebürgerten Migranten dazu, kommt die Schweiz aktuell auf einen Ausländeranteil von 34 %! Die Schattenseiten der Zuwanderung werden verklärt und einseitig schönegeredet: der Schweiz droht Infarktgefahr mit verstopften Strassen und zersiedelten Räumen. Die finanzielle Belastung der Steuerzahler stösst ans Limit.

In kurzer Zeit hat sich der Schweizer Sozialstaat zu einem umfassenden Auffangbecken entwickelt, das die arbeitslos gewordenen Ausländer geradezu davon abhält, in ihre Heimat zurückzugehen. Ein überproportionaler Anteil der Sozialleistungen wird mehrheitlich von Ausländern oder eingebürgerten Neu-Schweizern bezogen.

Die Stadt Zürich nimmt bei diesen Anstrengungen einen "mustergültigen" Spitzenplatz ein: wer irgendwo unzufrieden ist, wandert samt Familie in das Zürcher Sozialsystem ein. Dort stehen unzählige Hilfsangebote jeglicher Art wie Leuchtturmprojekte bereit. Während jemand in seiner Heimat eine Sozialrente von 150 Franken erhalten würde, gibt's hier locker bis 6'000 Franken für eine Familie, in der niemand mehr arbeitet. Selbst vorbestrafte Personen bleiben stolze Bezüger von monatlich weit über 4'000 Franken Unterstützung. Dank milden Richtern und grosszügigem Sozialamt bleiben uns Steuerzahlern solche Leute jahrelang "erhalten". Unser Zürcher Sozialsystem ist so expansiv, dass sich Arbeitsscheue recht gemütlich darin einrichten können. Das führt zu Fehlanreizen.

Die Zuwanderung von guten, fähigen, ausgebildeten und arbeitswilligen Leuten ist zu unterstützen. Die Zuwanderung mit Familiennachzug direkt in unsere Sozialsysteme oder in die Gefängnisse ist zwingend zu vermeiden, auch in Zürich. Wir müssen sparen, auch wenn das weh tut! Und schlecht integrierte Migranten werden ihre Probleme eher selber lösen, wenn sie vor der Wahl stehen: Integration oder totale Verarmung. Vielleicht gehen sie dann zurück. Andere Länder machen es uns vor. In der Stadt Zürich wäre vieles möglich. Etwa:

die Kürzung der Leistungen auf das gesetzliche Minimum, eine klare Trennung zwischen "bevorzugten" einheimischen Bürgern und zugewanderten Ausländern und Asylanten mit verschiedenem Aufenthaltsstatus, die rigorose Streichung aller Zuwendungen, die bei Abgewiesenen über die gesetzliche Nothilfe hinausgehen, durch Streichung von Kulturtickets und Vergünstigungen aller Art, keine erhöhte Sozialhilfe bei Familiennachzug von Ausländern für mehrere Jahre, durch den Druck auf die Klientel, alles zu tun, um finanziell unabhängig zu werden und auf eigene Kosten Deutsch zu lernen. Weigert sich jemand, müssen Leistungen gekürzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat